

II-1609 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

Zl. 10.001/25-Parl/80

Wien, am 15. Oktober 1980

An die
Parlamentsdirektion
Parlament
1017 W I E N

740/AB
1980 -10- 21
zu 782/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 782/J-NR/1980, betreffend die Anrechnung von Abfertigungen auf die Bemessungsgrundlage nach dem Studienförderungsgesetz, die die Abgeordneten Dr. PAULITSCH und Genossen am 13. Oktober 1980 an mich gerichtet haben, beehre ich mich, wie folgt zu beantworten:

ad 1) bis 3)

Der zur Beurteilung der sozialen Bedürftigkeit erforderliche Begriff des "Einkommens" ist im Studienförderungsgesetz, BGBl.Nr. 421/1969, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl.Nr. 425/1979, das samt allen Novellen einstimmig von allen im Nationalrat vertretenen Parteien beschlossen worden ist, geregelt. Gemäß § 4 des Studienförderungsgesetzes ist "Einkommen" im Sinne dieses Bundesgesetzes das Einkommen gemäß § 2 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes 1972, vermehrt um die bei der Einkommensermittlung abgezogenen Beträge nach den §§ 11 und 18 Abs. 1 Z. 4 des Einkommensteuergesetzes 1972 und die steuerfreien Einkünfte gemäß § 3 Z. 14 des Einkommensteuergesetzes 1972 und vermindert um die bei der Einkommensteuerfestsetzung berücksichtigten außergewöhnlichen Belastungen gemäß den §§ 34 und 106 des Einkommensteuergesetzes 1972.

Im Sinn dieses Einkommensbegriffes sind auch Abfertigungen als nicht unerhebliche finanzielle Zuwendungen mit zu berücksichtigen, da Abfertigungen nicht nur bei Kündigungen und Entlassungen, sondern auch in anderen Fällen, die keineswegs

mit einer "sozialen Zwangslage" verbunden sind, zugewendet werden. Lediglich in jenen Fällen, wo nach Beendigung des Dienstverhältnisses keine weitere Berufstätigkeit erfolgt oder über längere Zeit möglich ist oder keine entsprechenden Pensionszahlungen erfolgen, könnte nach Gewährung einer Abfertigung eine "soziale Zwangslage" eintreten.

Im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wird schon seit längerer Zeit an einer Neuregelung des Einkommensbegriffes im Studienförderungsgesetz gearbeitet, da die ausschließlich vom steuerrechtlichen Einkommensbegriff ausgehende Beurteilung der sozialen Bedürftigkeit, bei der Gewährung von Studienbeihilfen in manchen Fällen zu einer ungerechtfertigten Bevorzugung von Studierenden führt, deren Eltern zur Einkommenssteuer veranlagt werden.

Über meine Initiative hat sich der Akademische Rat, dem unter anderem auch Vertreter der im Nationalrat vertretenen Parteien angehören, bereits in seiner Sitzung am 18. April 1980 mit diesem Problem befaßt und eine Expertenkommission eingesetzt, die eine gerechtere Beurteilung der sozialen Bedürftigkeit durch eine Neufassung des Einkommensbegriffes im Studienförderungsgesetz ausarbeiten soll. Diese Expertenkommission hat bereits Vorschläge zu einer Neufassung des Einkommensbegriffes ausgearbeitet; in der nächsten Sitzung des Akademischen Rates, die noch im November 1980 stattfinden wird, soll die Frage des Einkommensbegriffes im Studienförderungsgesetz nach Möglichkeit bereits abschließend behandelt werden.

Ich werde dem Akademischen Rat die gegenständliche Frage der Anrechnung von Abfertigungen auf die Bemessungsgrundlage nach dem Studienförderungsgesetz bzw. daß "Abfertigungen nach Kündigung oder Entlassungen nicht mehr den Wegfall der Studienbeihilfe bewirken sollen", gleichfalls zur Beratung vorlegen.

Nach Abschluß und Ergebnis der Beratungen im Akademischen Rat wird über eine entsprechende Novelle zum Studienförderungsgesetz zu entscheiden sein.

